

Steuroase Österreich

Es ist schon lange kein „schmutziges Geheimnis“ mehr: Österreich zählt zu den wichtigsten Steueroasen in Westeuropa. Was zuvor öffentlich kein Thema war, hat angesichts der massiven Diskussion rund um Steuergerechtigkeit im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise an Brisanz gewonnen. 2009 erregte der damalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück mit einer provokativ gemeinten Einladung viel Aufmerksamkeit: Er würde: „Luxemburg, Liechtenstein, die Schweiz, Österreich und Ouagadougou“ zu einer OECD-Ministerkonferenz zur Bekämpfung von Steuerbetrug einladen. Einmal abgesehen davon, dass Ouagadougou, Hauptstadt von Burkina Faso, gemein hin nicht als Steueroase bekannt ist, war der Steinbrück-Vorstoß für Österreich ein Warnsignal. Jene Regelungen, die den österreichischen Finanzplatz für ausländische Steuerflüchtlinge interessant machen, waren nicht mehr länger sakrosankt.

Im Rahmen dieses Beitrags wird die aktuelle Diskussion rund um Steueroasen auf den Fall Österreich heruntergebrochen. Im Unterschied zu anderen klassischen Steueroasen wie der Schweiz weist dieser der Besonderheiten auf, die sich aus der jüngeren Zeitgeschichte erklären – die Rolle Österreichs als Spionagedrehscheibe sowie eine Tradition des pragmatischen Umgangs mit halbseidenen Geschäftspraktiken, Geldwäsche und der organisierten Kriminalität. Eben wegen seiner Intransparenz ist Österreich nämlich seit Jahrzehnten auch ein Anziehungspunkt für „Terrorgeld“ und Vermögen arabischer Diktatoren.

Einführung

Steueroasen oder auch Offshore-Finanzplätze genannt, sind dadurch gekennzeichnet, dass sie keine oder besonders niedrige Steuern auf Vermögen einheben. Dies macht sie für Kunden aus Ländern mit höheren Steuersätzen attraktiv. Das Kapital wird regelrecht angelockt, indem man legale oder illegale Möglichkeiten zur Steuervermeidung einräumt und gleichzeitig Geheimhaltung, minimale Aufsicht und Regulierung garantiert. Die größten Nutznießer von Steueroasen sind multinational agierende Konzerne. Für diese global player sind die Offshore-Finanzplätze ein „Geschenk des Himmels“. Gewinne werden dorthin verschoben, wo es opportun ist oder wo man die geringsten Steuern zahlt. Und es wird nie dort Steuer gezahlt, wo die Geschäfte gemacht wurden.¹ Laut einer aktuellen Studie des Tax Justice Network (TJN), einer britischen NGO, fließen mittlerweile Finanzvermögen im Ausmaß des amerikanischen und japanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP), also bis zu rund 26.230 Milliarden Euro, in Steueroasen wie die Schweiz und die Cayman Islands. Dadurch sind den betroffenen Staaten Einkommensteuern in Höhe von bis zu 230 Milliarden Euro entgangen.² Dem britischen Autor Shaxson zufolge fließt mittlerweile die Hälfte des Welthandels durch Steueroasen: „Über die Hälfte aller Bankvermögen sowie ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen multinationaler Konzerne werden ins Offshore-System geleitet.“³

Weltweit gibt es rund 60 Schattenfinanzzentren - Shaxson gliedert diese in drei große Gruppen:

1. Europäische Steueroasen: Schweiz, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Belgien, Liechtenstein, Monaco, Andorra, Madeira.

¹ „Steuern zahlen, wo die Gewinne herkommen“, in: Der Standard, 16. 4. 2009.

² „Arm-Reich-Schere größer als gedacht“, orf.at, 22. 7. 2012.

³ Nicholas Shaxson, Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben, Zürich 2011, 17.

2. Das „Spinnennetz“ der City of London: Die britischen Kronbesitzungen (Jersey, Guernsey und die Isle of Man), Überseegebiete wie Cayman-Inseln, Bermuda, die Britischen Jungferninseln sowie die Turks- und Caicosinseln (in den Antillen) und Gibraltar sowie ein äußerer Ring (Hongkong, Singapur, die Bahamas, Dubai, Irland) mit engen historischen Verbindungen zu Großbritannien.

3. Eine Einflusszone mit den USA als Mittelpunkt.⁴

Bis 2009 führte auch die OECD Österreich als einziges EU-Land auf einer „Grauen Liste“ von insgesamt 38 Staaten geführt, die Standards zum Informationsaustausch in Steuersachen zwar anerkannt, aber noch nicht umgesetzt haben. Daraufhin wurde 2009 mit dem Amtshilfe-Durchführungsgesetz das Bankgeheimnis für Ausländer gelockert und der Informationsaustausch mit ausländischen Steuerbehörden vereinfacht. Als Resultat wurde Österreich wieder auf die „weiße Liste“ gesetzt. Meldungen, wonach die Steueroase Österreich nun „trocken“ gelegt worden sei, sind jedoch irreführend. Denn die Zugeständnisse an die EU und die OECD sind nach Ansicht von Experten bestenfalls kosmetischer Natur. In der Praxis werden nämlich Anfragen einer Behörde oft wegen fehlender Beweise abgelehnt.⁵ So ist es auch nicht überraschend, dass Österreich im TJN-„Schattenfinanzindex“ von 2011 Platz 17 belegt: Noch vor den als „Steueroasen“ berüchtigten Inseln Zypern (Platz 20) und Guernsey (Platz 21) sowie weit vor den ebenfalls kritisierten Staaten Liechtenstein (Platz 34) oder Irland (Platz 31). Laut dem Ökonom John Christensen, Direktor des TJN, ist Österreich „ein wesentlicher Teil der internationalen Steuervermeidungs-Strukturen“.⁶ Diese Tatsache wird von der heimischen Politik hartnäckig in Abrede gestellt. So widersprach 2009 der damalige Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka den Aussagen von Christensen: „Österreich ist keine Steueroase! Wir werden weiterhin die Privatsphäre unserer Bürger schützen. Die Österreicher können vertrauen, dass ihr finanzielles Gebaren bei der Bank sicher ist.“⁷

Warum Österreich als Steueroase zu werten ist

Nicholas Shaxson definierte „Steueroase“ 2011 folgendermaßen: „Steueroase ist ein Ort, der Geschäfte anlocken will, indem er eine politisch stabile Infrastruktur zur Verfügung stellt, um Personen und Firmen dabei zu helfen, sich den Regeln, Gesetzen und Regulierungen anderer Gebietskörperschaften zu entziehen.“⁸ Auf Österreich trifft diese Charakterisierung aus folgenden Gründen zu:

1. Laut § 38 Bankwesengesetz, einem Verfassungsgesetz, sind österreichische Banken zu einer Auskunftsverweigerungspflicht hinsichtlich der Geschäftsbeziehung mit Bankkunden verpflichtet. Dieses Bankgeheimnis ist nur in gesetzlich geregelten Einzelfällen und unter Einhaltung strenger Verfahrensvorschriften aufgehoben. An ausländische Behörden werden grundsätzlich keine direkten Auskünfte erteilt.
2. Ein ausländischer Kunde muss sich zwar bei Kontoeröffnung ausweisen, braucht aber keine Informations-Weitergabe an seine heimische Steuerbehörde fürchten. Erst wenn tatsächlich ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet ist, kann auf richterlichen Beschluss in Österreich das Konto geöffnet werden.
3. Ausländische Anleger können wählen, ob sie anstatt der in der EU üblichen Kontrollmitteilungen an das Finanzministerium eine anonym abgeführte Quellensteuer auf

⁴ Shaxson, Schatzinseln, 25-30.

⁵ Österreich unter den intransparentesten Finanzplätzen der Welt, in: APA, 1. 11. 2009.

⁶ „Österreich ist eine Top-Steueroase“, in: Kurier, 17. 4. 2009.

⁷ Lopatka: „Österreich ist keine Steueroase!“, Presseinformation vom 16. 4. 2009.

⁸ Shaxson, Schatzinseln, 18.

Zinseinkünfte bevorzugen. Obwohl diese Abgabe schrittweise auf 35 Prozent erhöht wurde, gibt es weiter einen Zufluss von Geldströmen.⁹ Schließlich ändert die Quellensteuer nichts daran, dass der Kunde das in Österreich veranlagte Vermögen vor dem ausländischen Fiskus geheim halten kann.¹⁰

4. Österreich bietet beachtliche Steuerprivilegien: Einerseits durch das Stiftungsrecht, andererseits sind in Österreich Vermögen durch die Abschaffung von Vermögens- und Erbschaftssteuern praktisch steuerfrei. „Mit dieser Politik“, so das Nachrichtenmagazin „profil“, „setzte der Staat ein leicht verständliches Signal: Wir mögen die Reichen. Kommt zu uns, es lohnt sich.“¹¹
5. Als EU-Mitglied muss Österreich eigentlich die Linie der Staatengemeinschaft mittragen. Gleichzeitig hat das Land eine lange Tradition, internationale Bemühungen im Kampf gegen Steuerhinterziehung zu unterlaufen. So wurde 2003 eine Einigung über länderübergreifende Zinsbesteuerung beschlossen. Seither melden EU-Staaten automatisch Namen und Daten von Sparsbuchbesitzern an deren Heimat-Finanzämter. Nur Österreich und Luxemburg machen nicht mit.¹²
6. Die beiden Staaten widersetzen sich weiters einem Verhandlungsmandat für EU-Kommission, um den Anwendungsbereich des bilateralen Zinsbesteuerungsabkommens auf Steueroasen wie die Schweiz auszuweiten.¹³ Finanzministerin Maria Fekter begründete das Veto damit, dass die EU einen automatischen Informationsaustausch und so das österreichische Bankgeheimnis aushebeln wolle.¹⁴ Stattdessen hat Österreich ein eigenes Steuerabkommen mit der Schweiz geschlossen: Ab 1. 1. 2013 wird für Schwarzgeld in der Schweiz eine Abschlagszahlung vereinbart und zwar in der Höhe von 15 bis 38 Prozent des veranlagten Geldes. Das schwarze Vermögen wird dadurch „weiß“. Nur zum Vergleich: Wer sein Einkommen in Österreich legal versteuert, führt bis zu 50 Prozent ab. Weil die Schweizer Banken für ihre Kunden die Abgaben überweisen, bleiben die Steuerhinterzieher somit anonym.
7. Trotz des zunehmenden internationalen Drucks versucht die Bundesregierung weiterhin, das Bankgeheimnis zu erhalten und so wenig Information wie möglich preis zu geben. Fekter übte 2012 sogar Kritik an den „großen Staaten“, die „Druck“ auf kleine ausübten: „Nur warum soll Österreich seinen Standortvorteil als kleines Land aufgeben, als offene Volkswirtschaft. Wir sind um Investoren bemüht, und dass wir unsere Arbeitsplätze erhalten und auch, Vermögen nach Österreich zu bringen, damit die Steuern hier in Österreich bezahlt werden.“¹⁵

Geldströme aus Deutschland und Russland

Aus historischer Sicht waren das Bankgeheimnis und die Anonymität der Sparsbücher bei ihrem Beschluss im Jahr 1945 durchaus sinnvoll. Die Banken benötigten damals zur Finanzierung des Wiederaufbaus Geld, weshalb man Vermögende in die Filialen „locken“ wollte. Heute profitiert die breite Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr vom Bankgeheimnis, dafür blüht die Steuervermeidung –

⁹ Deutsche lagern 25 Mrd. Euro auf Konten in Österreich, in: Die Presse, 12. 6. 2012.

¹⁰ Finanzexperte Doralt: „Österreich ist eine Steueroase“, in: Die Presse, 24. 2. 2009.

¹¹ Christina Hipmayr, Rosemarie Schwaiger, Fluchthilfe, in: profil, Nr. 31/2012, 42-46.

¹² Gernot Bauer, Herbert Lackner, Eva Linsinger, Projekt Rubik, profil.at, 21. 2. 2012, <http://www.profil.at/articles/1207/560/319519/sparpaket-projekt-rubik>

¹³ Österreichs Bankgeheimnis wieder im Fokus, in: Die Presse, 11. 5. 2012.

¹⁴ EU kritisiert Österreich, oe1.ORF.at, 16. 5. 2012, <http://oe1.orf.at/artikel/305767>

¹⁵ Fekter gegen gesetzliche Regelung von Banker-Boni, in: Kleine Zeitung, 15. 5. 2012.

etwa wenn es um Vermögen aus dem benachbarten Deutschland geht.¹⁶ So hat sich die Raiffeisenbank Kleinwalsertal im ehemaligen deutschen Zollausschlussgebiet seit den 1970er Jahren auf bundesdeutsche Kunden spezialisiert. Mittlerweile ist sie mit einer Bilanzsumme von knapp einer Milliarde Euro die größte Raiffeisenbank in Österreich. 2006 wurden 140 teils hoch qualifizierte Mitarbeiter beschäftigt. Diese betreuten damals ein Kundenvermögen von 2,8 Milliarden Euro. In unmittelbarer Nähe der Raika Kleinwalsertal befinden sich weitere Filialen der Dornbirner Sparkasse, der Österreichischen Postsparkasse (Bawag-PSK), der Hypo Landesbank, der Bank Austria Creditanstalt aus der UniCredit Gruppe, der Volksbanken und noch eine lokale Sparkasse.¹⁷ 2012 lagen insgesamt rund 25 Milliarden Euro deutscher Herkunft auf österreichischen Einlagenkonten – eine Summe, die sich in den vergangenen sechs Jahren mehr als verdoppelt hat, wie aus Aufzeichnungen der Österreichischen Nationalbank hervorgeht. Das entspricht mehr als der Hälfte aller ausländischen Einlagen.¹⁸

Einen weiteren bedeutenden Posten machen Direktinvestitionen aus Russland aus – alleine im ersten Halbjahr 2011 sollen 10,7 Milliarden Dollar oder 7,4 Milliarden Euro nach Österreich geflossen sein. Damit liegt das Land bei Russlands Auslandsinvestitionen auf Platz zwei hinter der Schweiz, wohin 24,6 Milliarden Dollar geflossen sind.¹⁹ Die Mehrheit der russischen Deals schafft es laut „profil“ aber nicht in die Wirtschaftsnachrichten: „Die Gäste aus dem Osten schätzen unter anderem die Diskretion auf dem Finanzplatz Wien, das immer noch recht solide Bankgeheimnis und die Rechtssicherheit.“ Anziehend wirkt sich auch das Investitionsschutzabkommen zwischen Russland und Österreich. Wer von hier aus agiert, ist vor Strafmaßnahmen der russischen Justiz gut geschützt. Viele Geschäftsleute sind mit ihren Familien gleich ganz nach Österreich übersiedelt, was auch dazu führt, dass die Preise für Luxusimmobilien stark angestiegen sind.²⁰ Fest steht jedoch: Die Dollarmilliarden aus Russland gelangen in Österreich kaum in die Realwirtschaft, sondern fließen überwiegend irgendwo anders hin weiter. Auch wird nicht nur aus Russland nach Österreich transferiert, sondern es fließt auch Geld, das irgendwann auf einer Offshore-Insel geparkt wurde, nach dem Umweg der Legalisierung in Österreich wieder zurück nach Russland. Wenn Geld aus einem respektablem Staat wie Österreich kommt, ist dies unverdächtig.²¹

Ein gutes Beispiel für die Tätigkeit russischer Investoren hierzulande ist Gazprom, der größte und mächtigste Konzern Russlands mit rund 500.000 Mitarbeitern und einem Jahresgewinn von rund 28 Milliarden Dollar. Laut dem Sachbuchautor Jürgen Roth ist Wien mittlerweile der wichtigste Angelpunkt der Gazprom-Aktivitäten in Westeuropa. Von hier aus agiert ein verzweigtes Firmennetzwerk – die Gazprom Neft Trading, Gazprom Germania sowie die Gazprom Export mit ihren zahlreichen Tochterfirmen. Der wichtige Standort Wien ist kein Zufall. Österreich ist seit dem Zweiten Weltkrieg traditionell ein großer Gaskunde der Russen – auch heute kommen 60 bis 70 Prozent des Gases, das nach oder durch Österreich geleitet wird, von Gazprom. Wien bietet aber laut „Format“ noch viele andere Vorteile: „Ein dichtes Netzwerk an russischen Einrichtungen (die russische Botschaft in der Reiserstraße samt ihren Dependancen ist eine der mitarbeiterstärksten der Welt), das Rechtsvehikel Privatstiftung, diskrete und sichere Banken. Die Kontakte in die Politik sind gut. Hinzu kommt, dass Wien vom Kalten Krieg bis heute ein dichtes Netzwerk an Informanten, Geheimdienstlern und Osthändlern aufweist.“ Der lange Arm des Gazprom-Imperiums wurde zuletzt

¹⁶ Gernot Bauer, Herbert Lackner, Eva Linsinger, Projekt Rubik, in: profil.at, 21. 2. 2012, <http://www.profil.at/articles/1207/560/319519/sparpaket-projekt-rubik>

¹⁷ Reinhard Engel, Warum Deutsche die Steueroase Österreich lieben, in: Die Welt, 13. 3. 2008.

¹⁸ Deutsche lagern 25 Mrd. Euro auf Konten in Österreich, in: Die Presse, 12. 6. 2012.

¹⁹ Eduard Steiner, Geldwäsche: Österreich als „Waschmaschine“ für Russen, in: Die Presse, 26. 8. 2011.

²⁰ Rosemarie Schwaiger, Rubelspiele, in: profil, Nr. 19/2012, 38 f.

²¹ Eduard Steiner, Geldwäsche: Österreich als „Waschmaschine“ für Russen, in: Die Presse, 26. 8. 2011.

2011 spürbar. Damals wurde ein mit Interpol-Haftbefehl gesuchter ehemaliger KGB-Offizier am Wiener Flughafen verhaftet. Nach massiven Interventionen der russischen Botschaft wurde Mikhail Golovатов freigelassen und durfte ungehindert nach Moskau weiterreisen, was diplomatische Verstimmungen mit Litauen zur Folge hatte.²²

Die Schattenseiten des Finanzplatzes Österreich – Geldwäsche, organisierte Kriminalität, Spionage

In einer anderen, aber ähnlich gelagerten Causa, rund um den unter Mordverdacht stehenden kasachischen Ex-Botschafter Rakhat Aliyev, verweigerte Österreich 2007 und 2011 dessen Auslieferung. Um die guten wirtschaftliche Kontakte mit Kasachstan nicht zu stören, wurde Alyev aber aufgefordert, Österreich zu verlassen. Er tat dies mit einem eigens für ihn ausgestellten Fremdenpass und soll sich nun in Malta aufhalten. Dabei hatten schon 2005 Beamte des deutschen Bundeskriminalamts nach Wien gemeldet, dass Aliyev mit Wiener Firmen Geldwäsche betreibe. Im Juni 2007 waren bereits fünf Konten sowie ein Wertpapierdepot bei der Privatinvest Bank gesperrt worden. Das Guthaben betrug rund 80 Millionen Euro.²³

Die Fälle Golovатов und Aliyev sowie zuletzt der mysteriöse Tod des ehemaligen libyschen Premierministers Shukri Ghanem stehen sinnbildlich für die Schattenseiten des Finanzplatzes Österreich. Ghanem hatte sich nach dem Ausbruch der libyschen Revolution nach Österreich abgesetzt, wo er seit seiner Tätigkeit für die OPEC einen unbefristeten Aufenthaltstitel innehatte. Am 29. April 2012 trieb Ghanem ertrunken in der Neuen Donau. Sein ungeklärter Tod soll in Zusammenhang mit einem dubiosen Milliardendeal rund um Libyens größte Öltraffinerie stehen. Als ehemaliger Leiter der libyschen Ölgesellschaft NOC hatte Ghanem zwischen 2006 und 2011 formal an die 90 Prozent der Einnahmen des Landes kontrolliert.²⁴

Die engen Beziehungen zwischen dem Clan des 2011 gestürzten Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi und Österreich reichen dagegen noch viel weiter zurück. Bundeskanzler Bruno Kreisky hatte ab Mitte der 1970er Jahre Kontakte nach Libyen geknüpft, um Gaddafi politisch zu mäßigen – aber auch um der exportabhängigen österreichische Wirtschaft einen interessanten Handelspartner zu verschaffen. Später studierte Gaddafis Sohn Saif al-Islam in Wien, und unterhielt Beziehungen zu Jörg Haider sowie damaligen FPÖ-Funktionären. Er stellte Gemälde im Palais Auersperg aus (2004), kam zum Opernball (2006) oder schaute bei einer Büro-Eröffnung von Haiders langjährigem Vertrauten Karl-Heinz Petritz in Klagenfurt vorbei (2007). Am 12. April 2007 kam es zu einem Zwischenfall in Saifs Villa in Wien-Döbling: Eine ukrainische „Gespielin“ war vom Balkon der Villa gestürzt und hatte sich dabei so schwer verletzt, dass sie „für Tage ins Koma fiel und sich danach angeblich an nichts mehr erinnern konnte“. Fluchtartig verließ Saif einige Stunden nach dem Vorfall Österreich mit einem Privatflugzeug – doch die Ermittlungen wurden ohnehin sofort eingestellt.

2002 gründete Haider 2002 eine österreichisch-libysche Gesellschaft, die „einen Beitrag zum Friedensprozess im Nahen Osten“ leisten sollte. Präsident wurde Jörg Haider, die prominenten Mitglieder rekrutierten sich fast ausschließlich aus der FPÖ bzw. später dem BZÖ. Ehrenpräsident war Saif al-Islam al-Gaddafi. Im Jahr nach Haiders Tod, im Sommer 2009, übernahm seine Witwe Claudia die Präsidentschaft der Gesellschaft. Angeblich sollen Dutzende Millionen von Gaddafi an die FPÖ geflossen sein. Weil Haider „nicht nach der zionistischen Pfeife tanzt“, wie die „Wiener Zeitung“

²² Florian Horcicka, Gas-Drehscheibe Wien, in: Format, Nr. 16/2012, 34 ff.

²³ Jürgen Roth, Gangsterwirtschaft. Wie uns die organisierte Kriminalität aufkauft, Frankfurt am Main 2010, 110.

²⁴ Martin Staudinger, Ölspure, in: profil, Nr. 19/2012, 18 f.

einmal berichtete. Der ehemalige Haider-Vertraute Walter Meischberger hatte in einem Tagebuch notiert, Gaddafi habe der FPÖ insgesamt 45 Millionen Euro überwiesen, das Geld sei auf Haider-Konten in Liechtenstein gelandet, was bislang nicht bewiesen werden konnte.²⁵

Für die österreichische Wirtschaft war der Ölstaat Libyen bereits seit längerem ein wichtiger Partner. Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl stattete Tripolis erst im November 2009 mit einer 40-köpfigen Wirtschaftsdelegation einen Besuch ab. Leitl sah damals Libyen als ein „Land mit Zukunft“, dessen Aufschwung „in den Startlöchern“ stehe: „Daher müssen wir jetzt hier sein, um dann in der Zielgeraden dabei zu sein.“²⁶

Laut der Österreichischen Nationalbank befanden sich 2011 zumindest 1,2 Milliarden Euro Spar- und Termineinlagen libyschen Ursprungs auf österreichischen Konten. Aktien-, Industrie- und Immobilienbeteiligungen sind in dieser Summe ebenso wenig enthalten wie Stiftungsvermögen. Die bevorzugten Geldmanager des Gaddafi-Clans waren laut „Format“ die Hypo Group und die Bawag. Auf Anordnung der Bundesregierung sperrte die Nationalbank am 1. März 2011 aber die Konten der Gaddafi-Familie in Österreich. Mittlerweile wurde ein Teil der Gelder auf Antrag des libyschen Übergangsrates wieder freigegeben. Doch die neuen Machthaber können noch nicht über die gesamte Summe verfügen. Die Banken fordern von den neuen Eigentümern genaue Nachweise über die Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche – was noch Jahre dauern kann.²⁷

Die Libyen-Connection und die übrigen erwähnten Beispiele zeigten laut dem Magazin „profil“ eines auf: Und zwar dass Österreich auch nach Ende des Kalten Kriegs, „heute vielleicht sogar mehr denn je“ ein Magnet und Zufluchtsort für undurchsichtige Gestalten ist, die sich selbst, ihre Familien und ihr Geld in Sicherheit bringen und dabei gut leben wollen – für diese „Zielgruppe“ gebe es historisch gewachsene Strukturen, „die nicht nur diesen Gästen, sondern auch dem Land Vorteile bringen“. Wie der frühere Leiter des Sicherheitsbüros, Max Edelbacher, betonte, war vor allem Wien immer schon ein „Rückzugsgebiet für Schmuggler und Verbrecher aller Art“. So wurde die Bundeshauptstadt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu einem Zentrum der Ostmafia: „Wer dunkle Geschäfte machen und sich verstecken wollte, ging eben nach Wien. Da wusste man, dass die Polizei sowieso wegschaut“, so der deutsche Buchautor Jürgen Roth. Seit den neunziger Jahren seien von russischen Mafia-Bossen in Wien Hunderte Firmen gegründet: „Das Geld wurde in Banken, Firmen und Immobilien lukrativ veranlagt. Und niemand fragte lange, woher das Geld kommt.“²⁸

Zu diesem Schluss kam zudem ein US-amerikanischer Report zum internationalen Drogenhandel, in dem Österreich erwähnt wird: „Geldwäsche durch organisierte Kriminalität findet innerhalb des österreichischen Finanzsystems statt. Der Prozentsatz nicht entdeckter organisierter Kriminalität – vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion – dürfte enorm sein.“²⁹ Diese Einschätzung bestätigte auch die Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) der OECD 2009: Die geografische Nähe zu Osteuropa trage dazu bei, dass Österreich „von kriminellen Organisationen als Durchgangsland für Drogen und andere Schmuggelgüter genutzt wird. Gleichzeitig ist Österreich aufgrund seiner

²⁵ Herbert Lackner, Josef Redl, Die Drei von der Tankstelle, in: profil, Nr. 20/2011, 16-21.

²⁶ Gaddafis gute Beziehungen zu Österreich: Kreisky machte den Anfang, vol.at, 20. 10. 2011, <http://www.vol.at/gaddafis-gute-beziehungen-zu-oesterreich-kreisky-machte-anfang/3060970>

²⁷ Mehr als 1,2 Mrd. Euro Gaddafi-Geld in Österreich, format.at, 28. 2. 2011, http://www.format.at/articles/1109/952/291110_s11/mehr-1-2-mrd-euro-gaddafi-geld-oesterreich

²⁸ Emil Bobi, Othmar Lahodnysky, Schurkenparadies Wien, in: profil, Nr. 19/2012, 16-21.

²⁹ „Österreichs Bankgeheimnis zieht Geldwäscher an“, in: Die Presse, 4. 10. 2011.

politischen Stabilität, seines Bankgeheimnisses und seines Steuersystems ein attraktiver Anlageort für Geld aus kriminellen Quellen.“³⁰

Neben dem Bankgeheimnis, das die sichere Anlage von Vermögen krimineller Organisationen begünstigt, gibt es in Österreich kein Gesetz, das Spionage verbieten würde, solange sie nicht gegen den Staat selbst gerichtet ist. Das hat natürlich entsprechende Konsequenzen: Nach Einschätzung von Experten hat Wien weltweit die höchste Agenten-Dichte. In der Stadt, dem Sitz zahlreicher internationaler Gremien wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), wohnen nicht weniger als 17.000 Diplomaten – und „ungefähr die Hälfte von ihnen hat Verbindungen zu den Geheimdiensten“, meint der Experte Siegfried Beer.³¹ Im Jahresbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (2010) heißt es dazu: „Österreich ist weiterhin ein logistischer Knotenpunkt für Treffen und die Weiterleitung von Informationen. Auch wenn nicht alle nachrichtendienstlichen Tätigkeiten gegen österreichische Interessen gerichtet sind, so schaden sie dem Ansehen der Republik Österreich.“ Der Bericht listet insgesamt rund 250 nachrichtendienstliche Verdachtsfälle zwischen 1991 und 2009 auf.³²

Diese guten „Standortfaktoren“ für geheime Aktivitäten spielen darüber hinaus auch terroristische Organisationen in die Hände: Abgesehen vom Bankgeheimnis verfügt Österreich verfügt bis heute über keinen In- und Auslandsgeheimdienst sowie in den 1970er und 1980er Jahren über ausgezeichnete Direktflugverbindungen in den Nahen Osten bzw. nach Osteuropa. Es gibt aber auch politische Gründe: So wurden und werden Vertretungen von Organisationen, die in anderen Ländern als Terrororganisationen geführt wurden, in Österreich geduldet – eben um durch Gewährung einer solchen legalen Basis nicht in auswärtige Konflikte mit hineingezogen zu werden.³³

Dass jedenfalls auch der internationale Terrorismus Vermögen in Österreich gebunkert hat, verdeutlicht das folgende Fallbeispiel.

Terrorgeld in Österreich – das Abu Nidal-Konto

Acht Millionen Euro auf einem Bank Austria-Konto – um diese stolze Summe wird seit 2000 ein bizarrer Rechtsstreit ausgefochten. Das Geld stammt aus undurchsichtigen Geschäften einer der berüchtigtsten Terrorgruppen der 1980er Jahre: Die Abu-Nidal-Organisation (ANO) hatte damals nicht nur zahlreiche Anschläge in Österreich verübt, sondern hier auch Gelder angelegt. Das Konto mit der Nr. 132195566 war am 4. August 1982 bei der damaligen Länderbank eröffnet worden – und zwar von der jordanischen Staatsbürgerin Halimeh Almughrabi. Zwischen 1982 und 1987 wurde die Millionensumme in vier Tranchen einbezahlt. Nach Ansicht der Ermittler fungierte Almughrabi dabei nur als „Strohfrau“ für ihren Ehemann Samir Najmeddin, dem 1984 eine Kontrollvollmacht für das Konto eingeräumt wurde. Dieser war niemand Geringerer als der Finanzfachmann der ANO und für alle Auslandsinvestitionen zuständig. Aus staatspolizeilichen Ermittlungsakten geht hervor, dass es bei österreichischen Banken gleich mehrere solcher Konten gab.

1991 versuchte Najmeddin über das größte Guthaben, nämlich bei der Länderbank/Bank Austria, erstmals wieder zu verfügen. Doch das besagte Konto war im Zuge des Golfkrieges wegen Verdachts auf Irak-Verbindungen eingefroren worden. Am 13. Jänner 2000 betrat schließlich die seinerzeitige

³⁰ „Österreich attraktiv als Anlageort für Kriminelle“, in: Der Standard, 1. 12. 2009.

³¹ Geheimagenten aus aller Welt tauchen in Wien ab, in: Die Welt, 25. 2. 2009.

³² Bundesministerium für Inneres, Verfassungsschutz-Bericht 2010, 73.,

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/BVT_VSB_2010_20100401_Onlinefassung.pdf

³³ Rainer Nowak, Österreich, die Insel der seligen Terroristen?, in: Die Presse. 14. 7. 2005.

Kontoeröffnerin Almughrabi die Filiale in der Wiener Nordbergstraße 13, um auf das Guthaben zuzugreifen und wurde festgenommen. Weil sich die damals 65jährige Frau in zahlreiche Widersprüche verwickelte, klagte man sie wegen Beteiligung an einer kriminellen Organisation an. Später auf Kautionsfreigabe, erschien Almughrabi nicht mehr zu den Verhandlungsterminen. Obwohl mittlerweile nicht einmal mehr Klarheit darüber herrscht, ob die Hauptangeklagte noch am Leben ist, geht der Rechtsstreit weiter – zuletzt wurde der Prozess im April 2011 vertagt.³⁴ Ganz abgesehen vom Ausgang werfen diese Ereignisse ein Schlaglicht auf die österreichische Vorgangsweise im Kampf gegen den Terrorismus: Stets vermied man das Risiko von möglichen Vergeltungsattentaten und war bedacht, sich aus der Schusslinie zu halten.

Zusammenfassung

Ungeachtet der Tatsache, dass wechselnde Regierungen Österreich in der Diskussion rund um Steueroasen nicht betroffen sehen, ist und bleibt das Land eine der viel kritisierten „Schatzinseln“. „Wenn die Steueroase dazu dient, um ein Einkommen einzelner Steuerpflichtiger, die es im Ausland erwirtschaften, vor ihrem heimischen Fiskus geheim zu halten, zu verstecken und sie das in Österreich erfolgreich tun können, dann ist Österreich insoweit natürlich eine Steueroase“, betont der Finanzexperte Werner Doralt – mit dem Nachsatz: „Das wird man schwerlich leugnen können.“³⁵

Trotzdem wird weiter am Bankgeheimnis festgehalten, auch wenn es zweifelhaft ist, ob sich dieser Kurs langfristig durchhalten lässt. Dabei zeigen gerade die Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit die zersetzende Wirkung von Intransparenz und Verdunkelung auf. Und weil Österreich im Vergleich zu den Cayman oder den britischen Kanal-Inseln von den Offshore-Aktivitäten wirtschaftlich weniger abhängig ist, könnte es sich leisten, zu reformieren – etwa durch mehr Transparenz bei Stiftungen, die Übernahme der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie und das Mitmachen beim automatischen Informationsaustausch. Hier gibt es nach wie vor keine Fortschritte – Grund genug für TJN-Gründer Christensen, Österreich auch 2012 zu den „Verdunkelungsoasen im internationalen Finanzsystem“ zu zählen. Nach wie vor sei das Land ein „höchst attraktiver Zufluchtsort für nicht korrekt versteuertes Geld“.³⁶

Nicolas Shaxons Buch schließt jedenfalls mit dem Aufruf, dass es an der Zeit ist, die große globale Debatte um Steueroasen ernsthaft anzustoßen: „Egal, wer Sie sind, wo Sie leben oder was für eine Arbeit Sie machen, Sie sind davon betroffen. Das Offshorwesen ist in unmittelbarer Nähe am Werk. Es hintertreibt die Tätigkeit von gewählten Regierungen, höhlt die Steuergrundlage des Staates aus und korrumpiert Politiker. Es verwaltet eine riesige kriminelle Ökonomie und schafft eine neue Aristokratie von Konzernen und Finanzunternehmen, die niemandem Rechenschaft ablegen müssen.“³⁷ Österreich wird sich über kurz oder lang dieser grundsätzlichen Diskussion nicht länger verschließen können.

³⁴ Vgl.: Thomas Riegler, Was vom Terror übrig blieb, in: profil, Nr. 38/2011, 42 f.

³⁵ Finanzexperte Doralt: „Österreich ist eine Steueroase“, in: Die Presse, 24. 2. 2009.

³⁶ „Österreich fördert Kriminalität“, in: profil, Nr. 31/2012, 45.

³⁷ Shaxson, Schatzinseln, 370.